

Akw-Schrott: Vier Deponien kommen in Frage

Bis zu 50 000 Tonnen Bauschutt aus Kraftwerken muss entsorgt werden – möglicherweise in Harrislee

Von Kay Müller

KIEL Dawaren es nur noch vier: Umweltminister Jan Philipp Albrecht hat gestern ein Gutachten vorgestellt, nach dem vier Deponien in Schleswig-Holstein grundsätzlich geeignet sind, Abfälle aus Kernkraftwerken im Land aufzunehmen, die einen Grenzwert von zehn Mikrosievert Strahlenbelastung pro Jahr nicht überschreiten. „Das ist ein Wert, bei dem keinerlei Gesundheitsgefährdung vorliegt“, sagt der Grünen-Politiker. Für ihn ist das „nicht-radioaktives Material. Das ist im Grunde Abfall wie jeder andere.“ Das bestreiten allerdings Umweltschützer und lokale Bürgerinitiativen.

Laut Albrecht seien Menschen mehr Strahlung ausgesetzt, die einen Fernflug absolvieren oder im Schwarzwald leben, wo die natürliche Strah-

lung schon die zehn Mikrosievert überschreite. Weil es aber große Bedenken in der Bevölkerung gegen die Ablagerung des Schrotts aus den Atomkraftwerken (Akw) gebe, habe das Ministerium eine unabhängige

.....
*„Das ist im Grunde
Abfall wie jeder andere.“*

Jan Philipp Albrecht (Grüne)
Umweltminister
.....

gige Arbeitsgruppe eingerichtet, die Deponien auf ihre Eignung prüfen. Die Sachverständigen hätten Größe, Aufbau und tatsächliche Ablagerungsmengen der Deponien, die Abfälle im Umgang mit den Abfällen und die Behandlung der Sickerwässer und des entstehenden Klärschlammes geprüft. Drei Deponien seien zu voll, aber die Standorte Harrislee bei Flensburg, Wiershop

bei Hamburg (Kreis Herzogtum Lauenburg), Lübeck-Niemark und Johannistal (Kreis Ostholstein) hätten genug Kapazitäten und seien geeignet den Müll aufzunehmen. Albrecht will jetzt weiter das Gespräch mit den Bürgern suchen, um für Akzeptanz zu werben.

Das Land muss sich nicht auf die Deponien festlegen, sondern die Kernkraftwerksbetreiber Vattenfall und Preussen Elektra müssen Deponien finden, die ihnen den Schutt abnehmen. Das könnten auch welche in anderen Bundesländern oder im Ausland sein. Albrecht wirbt aber dafür, dass die Abfälle in Schleswig-Holstein bleiben. Schließlich seien die Kraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf jahzehntelang hier betrieben worden. „Ich bin gegen Abfalltourismus“, so der Minister. Er be-

fürwortet eine Verteilung der Abfälle auf wenige Standorte. Erst wenn das nicht klappen sollte, könnte das Land laut Kreislaufwirtschaftsgesetz Deponien anweisen, den Schrott anzunehmen und auf Dauer zu lagern. „Das soll aber keine Drohung sein“, sagt der Leiter der Atomaufsicht Jan Backmann.

Widerstand kommt von Kernkraftgegnern. „Der Minister spielt den Betreibern in die Hand, indem er Deponien vergattern will, den Schrott zu nehmen“, sagt Karsten Hinrichsen von der Initiative Brokdorf akut. Er habe gehofft, dass es möglich sein könnte, den Grenzwert enger zu fassen. Im Zweifel sollte der Rückbau warten oder Schutt auf dem Gelände der Kraftwerke bleiben, bevor man die Abfälle irgendwo entsorgen müsse.